

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erste Ausgabe: 1841. — Preis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M. Durch die Post monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M. ohne Bestellgeld. Das Bestellgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 15 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Mittelstr. 11. Herausg. Nr. 1513, 1514, 1517. — Anzeigenpreis für Wiesbaden: Die 43 mm breite Kolonnenzeile 10 Pf., die 90 mm breite Kolonnenzeile 2.50 M.; außerhalb 60 Pf. bzw. 2.40 M. — Sonstige Preise u. Rabatte lt. Tarif. Sonderbeilagen 10 Pf. pro 1000.

Nummer 59

Donnerstag, 5. Februar 1920.

74. Jahrgang

Verschärfung der Auslieferungsangelegenheit.

Freiherr v. Versner lehnt die Uebermittlung der Auslieferungsnote ab und tritt zurück.

mz. Berlin, 4. Febr.

Die Note, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen verlangt, ist von Millerand gestern dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherrn v. Versner, überhandt worden. Obwohl v. Versner bereits am letzten Samstag die ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt weiterzuleiten, hat er die Note an Millerand zurückgeschickt mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. v. Versner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienste nachgesucht und sofort erhalten.

mz. Paris, 4. Febr. (Havas.) Das Herrn v. Versner mit der Bitte der Schuldigen übergebene Begleitschreiben weist alle Einwendungsversuche deutscherseits zurück und betont, daß die Alliierten auf genauer Einhaltung des Art. 228 des Vertrages von Versailles bestehen. Frankreich und Belgien fordern je 334 Schuldige, England ungefähr 600. Außer dem Kronprinzen befinden sich die Prinzen Eitel-Friedrich und Oskar von Preußen auf der Liste.

Schweizer Grenze, 4. Febr. Die am Montag veröffentlichte Liste der auszuliefernden deutschen Persönlichkeiten hat, so schreibt der Pariser Berichterstatter der „Basler Nachrichten“, die französische Öffentlichkeit überrascht, da man nicht erwartete, Persönlichkeiten wie Hindenburg, Ludendorff und den Kronprinzen darauf zu finden. Man könne sich fragen, sagt der Berichterstatter weiter, ob die Zusammenfassung der Liste politisch klug sei, und ob es für den Verband nicht besser gewesen wäre, lediglich Personen, die sich gemeiner Verbrechen schuldig gemacht hätten, zu fordern, statt das deutsche Nationalgefühl auszuheulen zu treiben. Man frage sich, mit welchem Titel der Verband die Auslieferung gewisser Persönlichkeiten zu erzwingen gedächte.

mz. Paris, 4. Febr. (Havas.) Das neue Schreiben an Holland betr. Auslieferung des Kaisers ist in energischem Tone gehalten. Es drückt die Hoffnung aus, daß Holland sich der Gerechtigkeit und der Moral, die über allen Prinzipien des geschriebenen Rechts stehen, anschließen und nicht die Verantwortung für eine gegenteilige Haltung auf sich nehmen werde.

mz. Paris, 4. Febr. (Havas.) meldet aus London vom 4. Febr. „Daily Chronicle“ will wissen, daß Holland den Alliierten die Internierung des Kaisers in dem Hause, welches letzterer gegenwärtig bewohnt, vorschlagen wird. Diese Frage wird bei der nächsten Londoner Konferenz der Premierminister von Frankreich, England und Italien geprüft werden.

Die preußischen Minister in Köln.

mz. Köln, 4. Febr.

Im Rathaus fand gestern Vormittag ein Empfang der preußischen Minister statt. Oberbürgermeister Adenauer sagte in seiner Begrüßungsansprache u. a., daß Rheinland heute zwar unter fremdem Druck, doch achte es die Gerechtigkeit, zu sagen, daß die obere britische Verwaltungshandhabung und sogar teilnahmsvolles Mitleid für das Land zeige. Das Los des Rheinlands sei sehr schwer für die freisinnig gekennzeichnete Bevölkerung; es werde aber nicht immer durch verständnisvolles Mitleiden der deutschen Brüder jenseits des Rheins gemildert. Alle aber konnten nur ein Ziel, nämlich ein großes, starkes, geeinigtes, einig deutsches Vaterland.

Ministerpräsident Hirsch erklärte u. a.: „Wir ergreifen die erste Gelegenheit, persönlich in engerer Fühlung mit dem Rheinland zu treten. Der Druck, der durch die Belagerung auf dem Lande lastet, wird von uns ebenso als gemeinsame schwere Not empfunden. Wir geloben, daß unsere Bemühungen zur Milderung der dem Rheinland auferlegten Besatzungsmaßnahmen nicht erlahmen werden. Ein nicht geringes wird hierzu der Geist der rheinischen Bevölkerung tun. Nicht nachdrücklich genug kann die Staatsregierung warnen vor allen ihren Versuchen, die Rheinlande loszutrennen aus ihrer natürlichen Zusammengehörigkeit. In der Hoffnung, dadurch Ziele zu erreichen, die letzten Endes doch nur durch die Trennung vom Reich verwirklicht werden können. Die daraus erwachsenden Gefahren wollen wir gemeinsam mit Ihnen bannen. Soweit dabei staatspolitische Erwägungen mitsprechen, bedarf es einer besonderen, klaren Ausdrucks. Es ist nicht richtig, daß das Bedürfnis nach solcher Umformung am Rhein bearbeitet werden als irgendwo sonst. Andererseits kann darüber kein Zweifel sein, daß eine staatliche Umformung, wie sie in dem werdenden Staatsrecht des ganzen Deutschen Reiches sich zu gestalten beginnt, nie den Versuch machen würde, den Ländern dasjenige von ihrer kulturellen Einheit zu nehmen, was sie mit Recht für sich fordern dürfen. Das gilt für jeden Deutschen genau gleichmäßig, daß alle gleichmäßig für das gesamte

preussische Volk. Wenn Sie sich das dunkle Los weiter Schichten des Volkes im Kriege und nach der Niederlage vergegenwärtigen, so werden Sie eher geneigt sein, auch den Ueberschlag dieser Schichten bei ihrem Streben zum Aufstieg milder zu beurteilen. Glauben Sie nicht, daß das Streben des werktätigen Volkes nach Mitbestimmung einem verantwortungslosen Nachhangeln entspränge, sondern daß er sich seiner Pflicht und Mitverantwortung voll bewußt ist, ein freies Volk in einem freien Lande zu sein. Diesen Gedanken bei unserem ersten Zusammentreffen im Namen der preussischen Regierung Ausdruck zu verleihen, ist mir Vergnügenbedürfnis.“

Finanzminister Dr. Südekum besprach dann die Hilfeleistung für die Hochwasserschädigten und betonte, für unsere Zukunftshoffnung, für unsere Kinder, müsse sofort gesorgt werden. Um den Kindern, namentlich der ärmeren Eltern, den Lebensunterhalt zu ermöglichen, übertrug der Minister als Beihilfe der Staatsregierung dem Oberbürgermeister eine Anweisung von 100 000 Mark.

Die Lohnerhöhungen im Ruhrgebiet.

mz. Essen, 4. Febr.

Zum Abschluß der Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau wird ergänzend gemeldet: Alle über 20 Jahre alten Arbeitstage arbeitenden Arbeiter erhalten ab 1. Februar eine durchschnittliche Lohnerhöhung von acht Mark, die längeren Arbeiter eine entsprechend geringere. Das Kindergeld, das bisher 20 Mark für jede Schicht und jedes Kind betrug, ist auf eine Mark erhöht worden. Darin eingeschlossen ist der Betrag für die Erhöhung der Brot- und Kartoffelpreise. Außerdem wird ohne Rücksicht auf das Alter, den unter Tage arbeitenden Bergarbeitern eine feste Schichtzulage von drei Mark gewährt. Ferner wurde die Höchstzahl der Urlaubstage von sechs auf neun Tage erhöht mit der Maßgabe, daß, wenn auf die über sechs Tage hinausgehenden Urlaubstage für das Urlaubsjahr 1920/21 verzichtet wird, dafür trotzdem eine Urlaubssvergütung gezahlt wird.

Zum Tode Rosa Luxemburgs.

Die Bremer „Befreiter“ veröffentlicht folgende Sensationsmeldung aus Stockholm: „Dagens Nyheter“ veröffentlicht die Schilderung eines deutschen Offiziersadjutanten, der aus Finnland zurückgekehrt ist und sich augenblicklich in Stockholm aufhält. Er will bei dem Tode Rosa Luxemburgs zugegen gewesen sein. Der Name dieses Gewährsmannes wird aber nicht genannt. Seine Behauptungen betreffen u. a., daß gegen Rosa Luxemburg tödliche Schüsse von einem finnischen Offizier, der der Sohn des bekannten Generals Hoffmann sein soll, gefeuert wurden. Hoffmann Hoffmann sei der wirkliche Mörder. Der Gewährsmann sagt weiter, daß sowohl Kunge als Vogel zu Unrecht verurteilt seien. Die Angabe, daß der Leutnant Vogel auf dem Transport Rosa Luxemburg erschossen habe, sei vollständig aus der Luft gegriffen. Es sei überhaupt kein Schuß gefallen. Weiter will der Gewährsmann auch bei dem Transport zugegen gewesen sein. Rosa Luxemburg sei tot gewesen. Der Chauffeur habe von selbst am Randvorsprang verfallen, sei abgesprungen und habe gesagt: „Der Leutnant, ich fahre dies Rad nicht weiter.“ Darauf hätten der Chauffeur und ein Matrose Pope ohne weiteres die Leiche ergriffen und in den Randvorsprang geworfen. So weit der Bericht des anonymen Gewährsmannes, der angeblich von der Judenfront kommt.

Man wird gut tun, so sagt das Blatt hinzu, diese Angaben nach Eintreffen des ausführlichen Berichtes in Deutschland gründlich nachzuprüfen, da sie schon dadurch, daß der Name des angeblichen Gewährsmannes verstreut wird, einigermassen verdächtig sind und es nicht ausgeschlossen erscheint, daß die ganze Erzählung mit irgend welcher kommunistischer Agitation zusammenhängt.

Ungarns Königspolitik.

Wien, 2. Febr.

In den Kreisen der hiesigen ungarischen Gesellschaft wird zu dem Beschluß der Antikastrenkonferenz gegen die Wiedereinführung der Doppelbürger mitgeteilt, daß aus diesem Grunde in Ungarn bereits der Plan gefaßt worden sei, den Erzherzog Rudolf zum Reichsverweser zu machen. Man ist der Ansicht, daß im gegenwärtigen Augenblick alles vermieden werden muß, was eine Rührung mit der Entente herbeiführen könnte. Die Auffassung eines Thronkandidaten müsse von der Auffassung des Reichsverwesers jedoch streng geschieden werden. Die Ungarn würden sich jedoch von ihrer Antikastrenpolitik nicht abbringen lassen, solange ihnen nicht von der Friedenskonferenz ein freies Verbot auszusprechen sei.

Die Sommerzeit in Frankreich.

mz. Paris, 3. Febr.

Die französische Kammer nahm in der heutigen Sitzung einen Gesetzentwurf über die Sommerzeit an, die frühestens am 15. Februar eingeführt werden kann, und vertagte sich auf Donnerstag. An diesem Tage werden die Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung verhandelt.

Abg. Dr. Luppe über „Die Finanzwirtschaft des Reiches.“

Im Saal am Hofplatz sprach am Samstag Abend in einer von der Deutschen demokratischen Partei veranstalteten Versammlung der bekannte bismarckfrankfurter Bürgermeister und nunmehrige Oberbürgermeister von Nürnberg, Herr Dr. Luppe. Er hielt im wesentlichen eine agitatorisch aufgemachte Rede zur Verteidigung der Erzbergerischen Finanz- und Steuerpolitik und polemisierte gegen die „Wiesbadener Zeitung“ und die von uns am 26. Januar zum Abdruck gebrachten Neuherungen des Hrn. Oberfinanzrats Dr. Bang, die er schwache Redensarten nannte, ohne ihnen etwas anderes als Behauptungen entgegenstellen zu können. Nicht ein Einzelner, also nicht Erzberger sei schuld an unserer Partei, sondern die Schuld trage allein das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit. Richtig sei nur, daß die Regierung bereits früher stärker Maßnahmen gegen die Kapitalflucht hätte ergreifen müssen. Wenn der Besitz ins Ausland verschoben werde, könne man es dem Arbeiter nicht verdenken, wenn er die Lust zur Arbeit verlore. Die Pflichten seien auf beiden Seiten gleichmäßig zu erfüllen. Es sei trivial, wenn in allen Relationen nur von der Pflicht der Arbeiter die Rede sei; es müsse auch die Rede von der Pflicht der Besitzenden sein. Es sei trivial, wenn immer wieder versucht werde, der Revolution allein die Schuld an unserer Finanzwirtschaft zu geben. Natürlich trägt auch nach Dr. Luppe der Krieg allein, nicht die Revolution, zu deren Regierung man ja gehört, die Schuld an allem!

Ueber Herrn Erzberger sagte Herr Dr. Luppe u. a.:

„Das Erzberger ein Mann mit eigenartiger Auffassung von geschäftlichen Dingen ist, darüber kann kein Zweifel sein; daß die Persönlichkeit weder sympathisch, noch einwandfrei ist, gebe ich zu. Während des Friedensschlusses hat er durch sein Verhalten uns vielfach sehr geschädigt. Unrichtig ist aber alles, was ihm wegen seiner Führung der Währungsreform vorgeworfen wird. Er hat erreicht, was zu erreichen war, er hatte den Mut zu Verhandlungen. Es ist alles unbedeutend, was man ihm in dieser Hinsicht vorwirft. In Bezug auf die Friedensverhandlungen geht es um, daß er durch seine vorläufige Erklärung, er werde unterschreiben, uns möglicherweise schwer geschädigt hat. Aber er ist der einzige, der die Kraft hatte, unsere finanzielle Sanierung durchzuführen. Wenn wir ihn nicht hätten, könnten wir so leicht nicht einen zweiten finden. Was er an Arbeit und energischer Arbeit geleistet hat, ist ungeheuer. Die beiden Minister aus der demokratischen Partei, Schäffer und Dernburg, wären alle beide nicht zu dem fähig gewesen, was Erzberger getan hat. Auch die Leute von der Deutschen Volkspartei und von den Deutschnationalen haben keine besseren Vorschläge eingebracht. Man schimpft ihn einen Dilettanten. Was er bis jetzt auf dem Gebiet der Währungsreform vorgeschlagen hat, ist ausgezeichnet. Erzberger erklärt immer wieder, daß die Ideen nicht von ihm kommen. Erzberger ist jedoch der, der eine für auf befundene Idee mit allen Mitteln durchzuführen versteht. Aus Verhinderung der Kapitalflucht haben die Sachverständigen, die die Notenabkämpfung bekämpften, bis heute noch keinen brauchbaren Vorschlag gemacht, denn diese Sachverständigen sind Interessenten, die gar nicht den Willen haben, Opfer zu bringen und ohne Opfer ist eine Sanierung unserer Finanzen unmöglich.“

Am Morgen nach diesem Ehrenrettungsversuch Luppes für den Reichsfinanzminister und die Regierungspolitik lasen wir in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ von einer „merkwürdigen Aufführungsveranstaltung“, die am Freitag in Hamm stattgefunden hat. Es heißt da u. a.:

„Im Auftrag des Reichsfinanzministers hatte der Heimatdienst für Westfalen eine zweihundertköpfige Einladung zu einer auffälligen Versammlung erlassen. In der ein gewisser Dr. Bausch über wichtige finanzielle Fragen berichten werde. Unter den Erschienenen waren am meisten Zentrumsanhänger und Sozialdemokraten vertreten, die angeblich alle Vertrauensleute des Heimatdienstes waren. An Bismarckkeit kannten viele diese Einrichtung kaum dem Namen nach. Die ganze Veranstaltung lief auf eine Rechtfertigung der Erzbergerischen Finanzpolitik hinaus. Die Steuerreform, bemerkte der Vorredner, sei nicht nur sozial, sondern auch im Interesse der Arbeiter; sie sei das beste Mittel zur Stärkung der Regierung. Schwere Kritik erfuhr natürlich die Finanzgebarung während des Krieges. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade hier immer wieder der Name Helfferich genannt wurde.“

Wir drucken diesen Bericht, der an sich nichts mit der Versammlung der Deutschen demokratischen Partei zu tun hat, nur deshalb hier ab, weil es immerhin auffällig ist, daß eine so gerechte Sache, wie es angeblich die Finanz- und Steuerpolitik der Regierung ist, so viele Verfechter und Rechtfertiger braucht gegenüber der kleinen, auch in der Presse auf verhältnismäßig wenige Organe angemessenen „frivolsten“ Minderheit und Opposition!

Herr Dr. Luppe nahm Anstoß an einem ihm unverständlichen Satz in unseren Ausführungen und schloß die lebenswichtige Polagerung an, von dieser Art wäre alles, was von der anderen Seite bisher vorgeschlagen wurde. Was den Satz betrifft, müssen wir allerdings eine Unverständlichkeit infolge eines Druckfehlers angeben. Es sollte heißen „und zu einer Ein- und Finanzvereinbarung“ — nicht Finanzvereinbarung — „zu kommen“.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 5. Februar.

Zum nachträglichen Verständnis des Herrn Dr. Puppe drucken wir noch einen Teil der Vorschläge Dr. Bangs ab, der als eine der wichtigsten Aufgaben die Verzinsung und Tilgung der riesenhaften Kapitalanleihen ansieht.

Dr. Bang sagte: „Eine Beseitigung dieses Postens ist möglich, aber nur möglich durch Rückzahlung der Anleihe an die Gläubiger. Diese Rückzahlung ist aber nach Lage der Verhältnisse nur möglich durch Umwandlung der Kriegsanleihe in Staatsanleihen in Geld, also in gesetzliches Zahlungsmittel, am besten wohl in der Form von Staatsanleihen. Der Einwand, daß durch eine solche Maßnahme eine riesenhafte Steigerung der Inflation eintreten würde, ist richtig und falsch. Richtig insofern, als in Geldform eine außerordentliche Befreiung des Kapitalmarktes eintreten würde, wodurch das gesamte nunmehr von der Bedrohung mit exorbitanten Vermögenssteuern befreite Erwerbsleben, also die Produktion, einen gewaltigen Anstieg erhalten würde. Es wäre mit einem Schlage anstehendes Kapital vorhanden, es würde mithin bei Hebung aller anderen Anlagewerte eine Senkung des Zinsfußes eintreten. Richtig ist ferner Einwand, wenn er meint, daß diese Inflation ihre heutige Erscheinungsform annehmen würde. Denn das neue Geld würde eben nicht eintommen, sondern Kapital darstellen würde also im Umlauf nur mit verhältnismäßig geringfügigen Beträgen erscheinen. Auf diese Weise eines der schwersten und anderweit überaus ungelösbaren Probleme gelöst: die Flüssigmachung des in Kriegsanleihen verwandelten deutschen Privatkapitals. Eine einmalige Geldschöpfung, die das Privateigentum als die Quelle aller Produktion nicht vernichtet und die zugleich zu einer Etat- und Finanzbereinigung führt, ist jedenfalls eher zu verantworten als die schleichende verdeckte Geldschöpfung von heute, die trotz der Erdrückung des Privateigentums durch fiskalisches Steuern in keiner, auch nur der geringsten Entlastung des Finanzwesens eine Rechtfertigung finden kann.“

Herr Dr. Puppe beklagte sich bitter über die Agitation gegen das Reichsanleihegesetz, besonders seitens des Hansabundes. Der Einwand, daß es unrichtig wäre, auf Grund der heutigen Veranlagung die Anleihe auf dreißig bis fünfzig Jahre festzusetzen, sei berechtigt. Man habe den besseren Vorschlag der Vermögenssteuer nur deshalb nicht gewollt, weil er zu spät eingebracht worden wäre! Nebenfalls, weil dieser „bessere“ Vorschlag der „anderen Seite“ nicht als „unverhandelbar“ abtun war, verschwiegen Herr Dr. Puppe, daß es sich um die Einwände und Vorschläge der Deutschen Volkspartei handelte. Er meinte, daß die Agitation gegen das Reichsanleihegesetz auch in den Reihen der Demokraten sehr viel Widerstand habe. Zweifel und Abfall hervorgerufen habe. Wir führten seine Rede am Samstag hat diesen Zweifel und diese Mißstimmung nicht in das Gegenteil verkehrt. Der demokratischen Presse warf er vor, daß sie es an der nötigen Aufklärung habe fehlen lassen. Der Redner sprach zum Schluss über Staatsbankrott und ausländische und monarchistische Agitation. Die Mehrheitsparteien müßten den Willen haben, den Staat zu führen und deshalb zusammenhalten und über kleinere Gegenstände hinwegsehen. Das Reichsanleihegesetz gab ihm Veranlassung zu der nachmaligen Erklärung, auch die Bestehenden hätten ihre Pflicht tun, um die Arbeiter bei der Stange zu halten. Er mahnte dringend, bei der demokratischen Partei zu bleiben, weil sie den ersten Willen habe, den Untergang zu verhindern. — Wir haben nichts hinzuzufügen! H. Gz.

Kurze Meldungen.

Zum ersten Bürgermeister von Hamburg ist vom Senat anstelle des auscheidenden Oberbürgermeisters Dr. Schöner Dr. Dörsel ernannt worden.

Staatsminister Freiherr v. Berlepsch hat wegen seines hohen Alters den Vorsitz in der von ihm gegründeten Gesellschaft für Sozialreform niedergelegt. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige stellvertretende Vorsitzende Professor Dr. E. Brande gewählt.

Den Wiener Blättern zufolge beschlossen die klinischen Assistenten und Hilfsärzte der Stadt Wien in Vertretung der weitestgehenden Folgen des Ärztestreiks den Streik bis zum 1. März zu verlagern, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, die den Vertretern der klinischen Assistenten und Hilfsärzte mündlich gemachten Vorschläge zu erweitern und einzufügen.

Voincaré unterzeichnete ein Dekret, durch welches Admiral Salain zum Chef des Admiralstabes der französischen Marine ernannt wird.

Der „Neueme Rotterdam Courant“ meldet aus London, Bertrand Russell, der während des Krieges wegen seiner pazifistischen Gesinnung seine Stellung als Rektor für Philosophie an der Universität Cambridge verloren hatte, ist wieder in sein Amt eingesetzt worden.

Wenn das Herz spricht...

Originalroman von Anni Drukska.

(78. Fortsetzung). (Nachdruck verboten).

Der General begrüßte ihn sehr herzlich.

„Ich habe dich eigentlich schon gestern erwartet, alter Freund! Du kommst natürlich wegen deines Sohnes?“

„Ja... doch möchte ich ihn lieber erst morgen aufsuchen. Wie steht es mit ihm?“

„Nun so so. Die Krankheit ist ja so ziemlich vorüber, nur, daß so etwas immer noch lange nachspukt. Oh... und mit den Nerven scheint er auch nicht gut besonnen zu sein. Ist so etwas richtig Depressiertes... kommt oft vor nach längerem Felddienst. Im Vertrauen gesagt, wenn ich an deiner Stelle wäre, würde ich eine, wenigstens zeitweilige Ueberweisung in die Heimat anstreben. Der Oberstabsarzt meint es auch. Schließlich braucht Wilfried entschieden jetzt eine sehr ausgiebige Erholung. Hat ja genug geleidet! Und während er in Gradiß weißt — wer weiß — kommt vielleicht der Friede. Mache ein Besuch, dein Aeltester ist ja gefallt, lieber... auf mich kannst du zählen.“

„Ich danke dir und werde den Rat befolgen. Nun aber hätte ich noch eine Bitte. Du sandtest uns eine gewisse Schwester Elisabeth — kannst du mir sagen, wo sie sich gegenwärtig aufhält?“

„Awwohl. Bei ihrer Mutter, Frau Schindler, achter Bezirk, Widenburggasse 28. Sie hat mich zwar um strengste Geheimhaltung der Adresse, aber dir gegenüber wird das wohl nichts zu sagen haben.“

„Nein, gewiß nicht.“ Grenzschuß notierte sich die Adresse. „Bist du aber auch sicher, daß sie wirklich dort ist?“

„Ganz sicher. Denn sie hat mich ja um Versicherung in ein Feldspital so bald als möglich. Da muß ich doch wissen, wohin ich sie verhandigen soll. Uebrigens, wie seid ihr denn angekommen mit-inander auf Gradiß? Sie war nämlich ganz außer sich, als ich sie für Gradiß bestimmte,

Landesbankassessor Schröder von der Nassauischen Landesbank wurde vom Landesbankrat zum Landesbankrat mit d. r. Maßgabe ernannt, daß der demnächstige Kommunal-Landtag des Regierungsbezirks Wiesbaden die Ernennung auszuweisen wird.

Keine öffentlichen Schulprüfungen. Auch bei Schluss dieses Schuljahres kann, wie die hiesige Regierung verfügt hat, wegen fortwährender Behinderung d. s. vollen Unterrichts von den öffentlichen Schulprüfungen abgesehen werden. Oben 1914 fanden die letzten statt.

Bereinigung der Schulreform. Am 2. Februar fand die Hauptversammlung des Wiesbadener Zweigvereins des Allg. Deutschen Realgymnasiumsvereins, Vereins für Schulreform, statt. Der Vorsitzende Prof. Dr. R. O. K. M. A. N. widmete zunächst dem als Führer eines Landwehrbataillons im Kriege gefallenen früheren Direktor des Reform-Realgymnasiums, Herrn Prof. Dr. W. A. L. H. e. r, einen tiefempfindlichen Nachruf und gedachte gleichzeitig der Abreise in den letzten Jahren dem Verein durch den Tod entzogenen Mitglieder, Gymnasialdirektor Bedmann in Hamburg, Realgymnasialdirektor Dr. Schneider, Geh. Rat in Winter und Geh. Reg.-Rat Prof. Kalle. Er erinnerte hierauf an die über die Eisenacher Tagung des Hauptvereins und verbreitete sich insbesondere über den daselbst von Geh. Oberregierungsrat Dr. Reinhardt, dem bekannten Begründer des Frankfurter Reformgymnasiums, gehaltenen Vortrag über die Neugestaltung d. s. deutschen Schulwesens. Er wies hin auf Reinhardts wertvolle Bemerkungen zum Ausbau der Volksschule, die nach der neuen Reichsverfassung alle Kinder besuchen müssen bis zu einem Zeitpunkt, in dem eine Schöpfung nach Anlage und Reigung möglich ist. An d. e. Volksschule schließt sich vom 14. bis zum 18. Lebensjahre die Pflichtfortbildungsschule und an sie die Volkshochschule an. Wenn nun das deutsche Volk wieder die ihm gebührende Stellung in der Welt erringen will, muß seine Kultur auf allen Gebieten der Wissenschaft, Kunst und Technik nicht nur erhalten bleiben, sondern vertieft und geläutert werden. Hieraus ergibt sich, daß das auf freier gemeinsamer Grundlage aufgebende Schulwesen sich später nach differenzieren muß. Reinhardt nimmt eine jährige Grundschule an, an die sich eine jährige Mittelschule anschließt, von welcher sich nach den ersten 2 Unterrichtsjahren die höhere Schule abzweigen soll, so daß für diese noch 6 Jahre übrig bleibt, die Zeit vom 12. bis zum 18. Lebensjahre. Demgegenüber verlangt der Verein in unmittelbarem Anschluß an die Grundschule einen jährigen Vorbereitung für die höhere Schule. Für die Zeit der Vorbereitung des humanistischen Gymnasiums, des Realgymnasiums und der Oberrealschule geplant. In der Richtung der Oberrealschule soll sich die neue Aufbauschule entwickeln. Als praktischer Übergang zur Universität empfiehlt Reinhardt die freie Gestaltung des Unterrichts in Prima. Das gemeinsame Band, das alle Schulen umschließt, muß sein die Erziehung zum wahren Menschentum. Im Anschluß an diesen Bericht wurden von der Versammlung zur Vorbereitung auf die Reichsschulkonferenz die Überleitungszeitliche Bandrums in lebhafter Erörterung beraten und teilweise abgeändert. An der Besprechung beteiligten sich besonders die Direktoren Dr. Ballhoff und Dr. Weimer, sowie die Oberlehrer Dr. Straube und Dr. Nagbach. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß der Hauptvorstand des Vereins mit dem ähnlichen Ziele verfolgenden Verein zur Förderung des lateinlosen höheren Unterrichtswesens eine Arbeitsgemeinschaft begründet hat zum Zwecke einer besseren Vertretung gemeinsamer Wünsche bei der Reichsschulkonferenz und daß die Zeitschriften der beiden Vereine demnächst verschmolzen werden, daß aber von nun an schon zur Belehrung über die neuesten Ereignisse auf dem Gebiete der Schulreform zwanglose Mitteilungen ausgegeben werden sollen.

Die Preise für Schutzwert scheinen recht verschieden zu sein. Im Norden Deutschlands regt man sich schon über Preise von 150—200 Mark auf. Aber auch in der nächsten Nachbarschaft unserer Stadt sind die Preise von den hier veröffentlichten verschieden, wie eine Auslassung des „Hocher Kreisblattes“ beweist, das schreibt: „Die Preise für Schutzwert, wie sie am 17. Januar die Höchster Schutzwertung zum Schreden aller Familienmitglieder veröffentlicht hat, erscheinen in einem wesentlich milderen Licht, wenn man in den Wiesbadener Blättern liest, was die dortigen Nachfolger von Hans Sachs heute für die Beibehaltung ihres Handwerks verlangen. Man lese sich also zunächst mal fest auf einen solchen Stuhl und höre dann: Herrenstiefel (Voxcall) 450—500 M., Halbschuh 450—480 M., Damenstiefel (Voxcall) 420—500 M., Halbschuh 400—480 M., in Chevreau 10 Proz. mehr. Ähnlich verhält es sich mit den Preisen für Reparaturen. Da müssen wir wirklich den Innungsmeistern von Höchst und Umgebung das

und wollte durchaus nicht hin. Sie hätte Klämme Ahnungen, behauptete sie. Ich mußte schließlich Gewalt anwenden, um Gehorsam zu erzwingen.“

In Grenzschußes Gesicht ludte es seltsam. Dann sagte er entschlossen: „Ich will dich nicht belügen, Dackel, und du sollst auch der erste sein, dem ich es offen eingesteh, daß ich... hm ja, daß ich mich absichtlich gegen sie benommen habe. Aber ich will es nun wieder gutmachen. Darum bin ich hier.“

„Ach geh — so schlimm wird es wohl nicht sein! Ein so guter Kerl, wie du stets gegen alle Welt bist!“

„Doch. Ihr gegenüber war ich nicht gut. Schwerer Elend hat nämlich Wilfrieds Frau, was ich erst später erfuhr. Er heiratete sie, ehe er das zweitemal ins Feld ging. Das und — daß sie, wie ich glaube, absichtlich unter falscher Angabe nach Gradiß kam, ließ ich sie hart entgelten. Aber das ist eine längere Geschichte. Hast du den Abend frei, so will ich sie dir gern erzählen — vorläufig natürlich noch im Vertrauen. Bis ich alles wieder in Ordnung gebracht habe.“

Natürlich nahm der General die Einladung gern an, und beide Herren beschloßen, den Abend gemeinsam in Grenzschuß Wohnung zu verbringen, wofür Frau Rindl aus dem „Deutschen Haus“ ein Abendessen holte.

XXVI.

„Frau Schindler?“

„Ja. Womit kann ich dienen?“

„Mein Name ist Grenzschuß. Ich möchte Ihre Tochter sprechen.“

Die alte Frau hatte den Besucher verwirrt an. Anneliese hatte ihr alles erzählt, was auf Gradiß vorgefallen war. Ihr aber war es dabei eine stille Genugtuung gewesen, daß sie diese Leute doch von allem Anfang an richtig eingeschätzt hatte.

„So sind sie! Alle, alle!“ hatte sie bitter gemerkt und Annelieses Pläne sofort aufgegeben. „Du kannst dich auf

Kompliment machen, daß sie sich mit einem wesentlich bescheideneren Gewinn begnügen, als ihre Wiesbadener Kollegen. — Wir nehmen an, daß die Preisforderungen der Wiesbadener Handwerksmeister begründet sind. Eine andere Frage ist, wer diese Preise bezahlen soll. Ein großer Teil der Angehörigen hat monatlich kaum ein Einkommen, das dem Preise für ein Paar Schuhe entspricht. Wie lagte doch der preussische Minister Heine? Wenn kein Wunder geschieht, geht das Volk zu Grunde!“

Diebstahl. Am Freitag wurde aus einem Hause am Kaiser Friedrich-Ring, von der Eingangstreppe ein etwa 19 Meter langer Kofasläufer im Werte von etwa 100 Mark entwendet. Der Käufer ist grün und hat rote Streifen.

Stadtsamstagsnachrichten. Sterbefälle: Am 2. Februar Ehefrau Margarete Schneider, geb. Sohn, 70 Jahre; Kind Hilde Glas, 5 Jahre; Kind Frieda Zimmerbach, 6 Jahre; Landwirt Ludwig Jakob Kaiser, 62 Jahre; Beate Beck, ohne Beruf, 19 J.; Kind Katharine Schläpfer, 1 Monat. Am 3. Februar Postsekretär Mor Döhl, 51 Jahre; Rentner Franz Schiffer, 78 Jahre; Dorotea Göbel, geb. Riemeier, 26 Jahre.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Konzert Anni Danks-Joepffel. Wir weisen auf das Konzert Anni Danks-Joepffel am 14. Febr. im Kasino hin. Unter bester Leitung langjähriger Mitglieder des Nass. Landestheaters bringt uns ihre Schülerinnen, die auswärts in bedeutenden Konzerten ihre künstlerische Reife bewiesen haben, und sei uns, daß sie nicht nur Künstlerin, sondern auch eine hervorragende Pädagogin ist. Ein abwechslungsreiches musikalisches Programm verspricht einen angenehmen Abend.

Nass. Kunstverein. Wiesb. Ges. f. bildende Kunst, veranstaltet am Freitag, 6. Februar, abends 8 Uhr im kleinen Kurhaus den dritten öffentlichen Vortrag dieses Winters. Redner des Abends ist Herr Prof. Dr. J. Baum, Stuttgart, abgeordnet ein geborener Wiesbadener, der über das „Sinnliche und Geistige in der Kunst“ zu sprechen gedenkt. Es werden in dem Vortrag u. a. auch die Gegensätze zwischen dem mittelalterlichen Kunst-Ideal und dem der Renaissance eine den neuen Auffassungen der Gestaltung entsprechende Charakterisierung finden.

Männer-Turnverein Wiesbaden. Sonntag, den 8. Febr., ist großer Maskenball im eigenen Vereinsheim Platter Straße 18. Beginn nach 3 Uhr. Vorverkauf von Maskenkarten in den im Anzeigenteil bekanntgegebenen Geschäften sowie an der Kasse.

Naturhistorischer V. S. Die Ortsgruppe Wiesbaden hält ihre nächste Monatsversammlung Samstag, 7. ds. Mts., abends 7.30 Uhr im Restaurant Wies. Weinstraße 63, 1. ab. Es stehen interessante Mitteilungen in Aussicht, jedoch ein zahlreicher Besuch erwünscht ist.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Ht. Frankfurt a. M., 2. Febr. Die Gasthausbetriebe haben ihrem Personal zum 15. Febr. gekündigt. Es kommen etwa 4000 Personen in Frage. Man ist jedoch der Ansicht, daß das Reichswirtschaftsausschuss in der freitragigen Frage der Vorratserhaltung der Gasthäuser mit Lebensmitteln noch eine befriedigende Lösung finden wird.

* Darmstadt, 2. Febr. Bei den Kreis- und Provinzialtagswahlen erhielt die Deutsche Volkspartei 8062 Stimmen für den Kreistag, 8087 für den Provinzialtag, die Demokratische Partei 2074 bzw. 2949, das Zentrum 1693 bzw. 1708, die Hessische Volkspartei 1215 bzw. 1155, die Sozialdemokraten 526 bzw. 5278, die Handwerkervereine 938 bzw. 844, die U. S. S. 1039 bzw. 1154 Stimmen.

Vermishtes.

Schließung der Berliner Museen. Sämtliche Berliner Museen mußten, laut „Vossischer Zeitung“, ab gestern schließen, weil der Generalverwaltung keine Kohlen mehr zur Verfügung gestellt werden.

Die Schlafkrankheit am Kongo. „Libre Belge“ berichtet, daß die letzten aus dem Kongo eingetroffenen Nachrichten erkennen lassen, daß die Schlafkrankheit fortwährend Opfer fordert.

Eine Waggonschad. Um der ungeheuren Wohnungsnot in Budapest einigermaßen abzuhelfen, bringt man die obdachlosen Familien in Eisenbahnwagen unter. Auf dem Budapestener Westbahnhof ist auf diese Weise eine ganze Waggonschad entstanden.

Festnachschuß als Wohltätigkeitsunternehmen. Dem „Nassauer Anzeiger“ in Nassau schreibt ein Mitglied der Vereinigung Kriegsgeschädigter zu einem „Wohltätigkeitskonzert mit Ball“, das der sozialdemokratische Arbeiter-Bildungsverein in Diez und in Ems am besten der Krieger-Witwen und -Waisen veranstaltet, folgendes auch anderwärts zutreffende Zitat: „Festnachschuß!!! In dieser furchtbar schrecklichen Zeit, wo in unserm Vaterlande alles drüber und drunter geht, bei dem großen Mangel an Lebensmitteln, Licht und Brennmaterial, infolgedessen alle Behörden im besetzten und unbesetzten Deutschland und die

nicht verlassen. Dein Herr Gemahl — wenn er überhaupt noch nach dir fragt, was ich beweise, dein seine Familie opfert er dir gewiß nicht — soll dich nicht zu sehen bekommen.“

Und nun stand Rati des Jungen der Vor ihr! Was sollte sie tun?

„Meine Tochter ist nicht hier.“ sagte R. endlich zögernd. „Sie ist — verheiratet.“

„Wohin?“

„Das weiß ich selbst nicht. Sie nahm eine Stelle in einem Feldspital an.“

Da wußte Grenzschuß, was er schon aus dem zögernden Weisen der Frau vermutet hatte, daß sie die Tochter einfach vor ihm verheiratet hatte.

„Wir wollen keine Komödie spielen, Frau Schindler. Ihre Tochter ist hier, das weiß ich genau, und ich muß sie unter allen Umständen sprechen.“

„Aber...“

„Bitte: unter allen Umständen habe ich gesagt Sie haben auch kein Recht, mir den Zutritt zu verweigern, denn wenn Anneliese Ihre Tochter ist, so ist sie doch auch meine Schwiegertochter. Seien Sie also so freundlich, ihr meinen Besuch sofort zu melden. Ich bin entschlossen, nicht von hier fortzugehen, ohne sie gesprochen zu haben.“

Frau Schindler schloß sich zwar nicht im mindesten eingeschüchtert durch den etwas herrlichen Ton „dieses Aristokraten“, aber ihr war plötzlich eine Erklärung seines Besuches eingefallen. Kam etwa der alte Grenzschuß, um Anneliese im Namen seines Sohnes eine Abfindung anzubieten? Das wäre eine ganz gute Lehre für Annelieses Stolz, überlegte sie. Dann hätte die schwärmerische Liebe doch hoffentlich ein rasches Ende!

Schweigend öffnete sie eine Tür und ließ Grenzschuß durch eine Handbewegung ein, einzutreten.

(Fortsetzung folgt)

Hermann Job als Defektiv Wenk.
